

Neue Zürcher Zeitung

Eine schwierige Freundschaft – wie die Schweiz seit 70 Jahren mit China geschäftet

Am 17. Januar 1950 anerkannte die Eidgenossenschaft als eines der ersten westlichen Länder das kommunistische China. Die Beziehungen sind seither nicht immer reibungslos verlaufen – während Maos Kulturrevolution drohte gar der Abbruch.

Marc Tribelhorn

17.01.2020, 09.00 Uhr



Aussenminister Pierre Graber (Dritter von rechts) besucht 1974 als erster amtierender Bundesrat China – und eine Teeplantage bei Hangzhou.

Dodis

Für einmal kann es dem Bundesrat nicht schnell genug gehen. Am 17. Januar 1950 beschliesst die Landesregierung die Anerkennung der Volksrepublik China – als einer der ersten Staaten im Westen. Max Petitpierre, der Aussenminister und amtierende Bundespräsident, schreibt gleichentags ein Telegramm an «son Excellence Monsieur Mao Tsé Tuong». Er wünsche, dass die ausgezeichneten Beziehungen, die bis dato zwischen China und der Schweiz geherrscht hätten, fortbeständen. Auch zitiert Petitpierre sofort den Gesandten der gestürzten nationalchinesischen Regierung in Bern zu sich, um ihm mitzuteilen, dass sein Mandat beendet sei. Das Vorpreschen des Bundesrats irritiert die Öffentlichkeit: Weshalb spielt sich die Schweiz als diplomatische Avantgarde auf? Und wieso nimmt sie ausgerechnet Beziehungen zu Kommunisten auf?

Bereits im Oktober 1949, nach Maos Ausrufung der Volksrepublik, hat der Freisinnige Petitpierre seine Bundesratskollegen von diesem Schritt überzeugen können. Die Schweiz ist seit dem Zweiten Weltkrieg aussenpolitisch isoliert und setzt daher auf das Prinzip der Universalität, also auf die Kontaktpflege mit allen Mächten. Petitpierre erkennt die Rolle, die China künftig in der Weltpolitik spielen dürfte. Und der Bundesrat erhofft sich handfeste wirtschaftliche Vorteile im «Reich der Mitte»: China ist das bevölkerungsreichste Land der Welt und muss nach dem Bürgerkrieg seine Infrastruktur wiederaufbauen; es locken Aufträge. Zudem sollen die Interessen von Schweizer Firmen in China, denen Enteignungen durch die Kommunisten drohen, bestmöglich geschützt werden.

Schrecken der Kulturrevolution

Doch die Schweizer Erwartungen sind lange Zeit zu hoch, wie Quellen belegen, die von der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz (www.dodis.ch) publiziert worden sind. Zwar bleiben die Kontakte freundschaftlich: So bereitet der Bundesrat 1954 dem Ministerpräsidenten Zhou Enlai anlässlich der Indochina-Konferenz in Genf einen staatsmännischen Empfang. Auch wird die Schweiz zur eigentlichen Drehscheibe für Chinas

Europapolitik. Doch die Wirtschaftsbeziehungen entwickeln sich nur schleppend. Und erst 1961 kommt es zu einer Kompromisslösung über eine schweizerische Schadenersatzforderung wegen der kommunistischen Verstaatlichung.

Zu heftigen diplomatischen Verstimmungen führt 1966 Maos verordnete Anarchie, die Kulturrevolution. Der Botschafter Hans Keller schickt nach Bern einen vertraulichen Bericht mit dem Titel «Traurige Rückkehr nach Peking». Das Schweizer Botschaftsgebäude werde belagert, überall hingen Plakate mit fremdenfeindlichen Parolen, sein Personal sei «Drohungen und Gefahren» ausgesetzt. Keller schreibt, er habe den Naziterror und sowjetische Gefangenenlager gesehen, «noch nie aber empfand ich in meinem Leben einen derartigen Ekel wie vor den Ausschreitungen der Roten Garden». Seine Proteste bei den Chinesen bleiben ungehört. Nach Bern kabelt er: «Wir sind offenbar an einem Tiefpunkt unserer Beziehungen zu China angelangt.»

In der Schweiz spitzt sich der Konflikt weiter zu. Peking beschwert sich schon länger über die Anwesenheit tibetischer Flüchtlinge, der chinesische Botschafter bezeichnet sie als «Monster». Anlässlich der Eröffnung des Tibet-Instituts in Rikon 1967 fordert dieser ultimativ, dass Bern «seine Haltung ändere». Für Ärger sorgen auch ein «falscher Grenzverlauf» in einem China-Bildband des Fotografen Emil Schulthess und Mao-Karikaturen in Zeitungen, was als «Beleidigung des chinesischen Volkes» gedeutet wird. Der Bundesrat betont, er wolle keinen Abbruch der Beziehungen. Doch ein solcher «wäre nicht so schlimm», heisst es an einer Sitzung des Gremiums – im Wissen um das noch immer unbedeutende Handelsvolumen.

Aber so weit kommt es nicht. Das zerrüttete Verhältnis wird von Diplomaten bald wieder als «ausgezeichnet» beschrieben, und die Schweizer Exportwirtschaft umgarnt erneut den «künftigen Handelspartner». Eine rege Besuchsdiplomatie entwickelt sich: 1973 bereisen die Alt-Bundesräte Max Petitpierre und Willy Spühler das Land, 1974 eröffnet Aussenminister Pierre Graber in China eine schweizerische Industrieausstellung, 1975 weiht Verkehrsminister Willi Ritschard die Swissair-Linie Zürich–Peking–Schanghai ein. Der neue starke Mann nach Maos Tod, Deng Xiaoping, spricht von der

«traditionellen Freundschaft» zur Schweiz. Die helvetische Diplomatie jubelt über den Reformen: «Es ist unverkennbar, dass in China ein neuer Geist herrscht.»

Durchbruch beim Nachtessen

Der potenziell gigantische Absatzmarkt beflügelt die Phantasie der Schweizer Exportwirtschaft. Die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung erstellt einen Leitfaden mit Verhaltensregeln («Äussern Sie keine politischen Werturteile und keine Kritik. Die Chinesen sind sensible Gesprächspartner»). Auch die politische Schweiz will ja kein Missfallen: Dem Dalai Lama wird 1973 die Einreise bewilligt, aber der «Besuch muss ausschliesslich privaten Charakter haben». Zwei Jahre später möchte das Aussendepartement nach chinesischem Protest einem Jugendorchester aus Taiwan das Visum entziehen, da «langfristige schweizerische Wirtschaftsinteressen auf dem Spiel stehen, die wir nicht leichtfertig gefährden sollten».

Als «Höflichkeitsgeste» richtet der Bundesrat im November 1978 in Genf ein Nachtessen für den durch Europa reisenden chinesischen Vizeministerpräsidenten Wang Zhen aus. Am Tisch lässt dieser die Bombe platzen: dass nämlich auch der «Grosse Vorsitzende» Mao «gegen Investitionen und Kredite nichts einzuwenden hatte, vorausgesetzt, dass sie im gegenseitigen Interesse liegen». Und er betont: «In China stehen den Schweizern sowohl der Himmel wie die Erde und das, was unter ihr liegt, offen.» Schon im März 1979 reist Bundesrat Fritz Honegger an der Spitze einer Wirtschaftsdelegation nach China, um Kooperationen auszuloten. Das erste Joint Venture, das in China überhaupt zustande kommt, besteht mit dem Schweizer Liftbauer Schindler – eine Weltsensation. Bis 1990 verdreifacht sich der Handel zwischen den Ländern; die Schweiz kann auf viel «Goodwill» zählen.

Trotz wirtschaftlicher Prosperität bleiben die Friktionen aber nicht aus. Die Eidgenossenschaft verurteilt wie die meisten westlichen Länder die blutige Niederschlagung der Proteste auf dem Tiananmen-Platz 1989, geht aber schon nach kurzer Zeit wieder zu einer Politik des Dialogs über. Zum Fiasko gerät 1999 indes der Besuch von Chinas Staats- und Parteichef Jiang Zemin. Zuerst

verärgert eine exiltibetische Demonstration vor dem Bundeshaus den hohen Gast, dann die Begrüssungsrede von Bundespräsidentin Ruth Dreifuss, die das Thema Menschenrechte forciert. Doch der chinesische Drache lässt sich wieder besänftigen.

Die bilateralen Beziehungen gedeihen auch in den Folgejahren. Und wieder gehört die Schweiz zur Avantgarde: 2013 schliesst sie mit China ein Freihandelsabkommen ab – als zweites europäisches Land nach Island.